

Außenpolitische Orientierung der Bundesrepublik in den 50er Jahren

Die **außenpolitische Orientierung** der Bundesrepublik in den 50er Jahren lässt sich in folgende Begriffe zusammenfassen:

- Westintegration,
- Wiedergewinnung der außenpolitischen Handlungsfreiheit,
- Wiedergewinnung der Souveränität,
- Wiederbewaffnung.

Dem Gedanken der **Westintegration** lag dabei die Vorstellung zu Grunde, dass bei gegenseitiger wirtschaftlicher Verflechtung jede Verletzung der Interessen anderer auch die eigenen Interessen schädigt. Diesem Gedanken folgte nach Adenauer auch der französische Außenminister Robert Schuman, und aus dem Zusammenwirken beider Staatsmänner entstand 1951/52 die Montanunion, die die Kohle- und Stahlproduktion Deutschlands, Frankreichs, der Benelux-Staaten und Italiens aus der alleinigen nationalen Zuständigkeit herausnahm und in einer "Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl" zusammenfasste.

Ein zweiter Gedanke, der der Westintegration zu Grunde lag, war die Gewinnung von Vertrauen, was Adenauer als unabdingbare Voraussetzung dafür ansah, dass die Bundesrepublik wieder in den Kreis der westeuropäischen Nationen aufgenommen wurde.

Adenauer und die von ihm geführte Bundesregierung gingen von der **Grundüberlegung** aus, dass allein die Westintegration der Bundesrepublik Sicherheit sowohl vor einer Instabilität verursachenden "Schaukelpolitik" zwischen West und Ost als auch vor sowjetischen Absichten, Deutschland zu neutralisieren, bot – was nicht weniger politische Instabilität verursachen würde. Sie würde insofern zur Wiedervereinigung führen, als die Sowjetunion nur durch die Geschlossenheit des Westens, beeinflusst durch wirtschaftliche Schwierigkeiten in ihrem eigenen Bereich, zu einer Änderung ihrer Deutschlandpolitik gebracht werden könnte. Daher erschien auch die Stalin-Note von 1952 nur als ein durchsichtiges Manöver, um den Abschluss des EVG-Vertrags zu verhindern.

Das Werben um Vertrauen zielte auch auf die Wiedergewinnung der **außenpolitischen Handlungsfreiheit**, für die die Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft unabdingbare Voraussetzung war. Erster Schritt auf diesem Weg war das Petersberger Abkommen vom 22.11.1949, mit dessen Unterzeichnung die Bundesrepublik internationalen Organisationen beitreten konnte (Beitritt zur OEEC 1949, zum Europarat 1950). Auch mit dem Londoner Schuldenabkommen 1953 unternahm die Bundesregierung einen wichtigen Schritt zur Herstellung internationalen Vertrauens in Deutschland.

Erster Schritt auf dem Weg zur **Wiedergewinnung der Souveränität** war der Deutschland-Vertrag 1952 mit den USA, Großbritannien und Frankreich. Er enthielt folgende Punkte:

- Beendigung der Besatzung,

- Volle Souveränität der Bundesrepublik in der Innen- und Außenpolitik,
- Beendigung aller Einschränkungen bei der Gesetzgebungshoheit,
- Beendigung aller Produktions- und Forschungsbeschränkungen,
- ausschließliche Zuständigkeit der Alliierten für Deutschland als Ganzes und für Berlin,
- Verpflichtung der Westmächte auf die deutsche Wiedervereinigung als politisches Ziel.

Obwohl das Vertragswerk selbst durch die Ablehnung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft (EVG) durch die französische Nationalversammlung hinfällig war, wurde der Deutschland-Vertrag im Oktober 1954 Bestandteil der "Pariser Verträge", mit denen das Besatzungsstatut aufgehoben und die Bundesrepublik im folgenden Jahr in NATO und WEU aufgenommen wurde.

Im Zeichen des Kalten Kriegs, des Koreakriegs insbesondere, lag es auch im Interesse der Bundesregierung, einen eigenen Beitrag zur **Verteidigung** zu leisten und damit den verdeckten Rüstungsbemühungen der DDR (kasernierte Volkspolizei, Betriebskampfgruppen) ein Gegengewicht entgegenzusetzen. Die erheblichen Sicherheitsbedenken Frankreichs und Großbritanniens verboten jedoch eine einfache Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO, sondern verlangten nach einer Anwendung der Rüstungskontrollinstrumente des Brüsseler Vertrags von 1948, der mit der Aufnahme der Bundesrepublik 1954/55 zur Westeuropäischen Union (WEU) erweitert wurde.

Im Verhältnis zum Osten schienen sich nach Stalins Tod 1953 neue Möglichkeiten der **Entspannungspolitik** zu ergeben. Adenauer musste dabei erkennen, dass der von ihm geforderte Zusammenhang von Wiedervereinigung und Entspannung, nach dem die deutsche Teilung ursächlich eine Entspannung verhindere und daher zuerst beseitigt werden müsse, nicht mehr so zwingend gesehen wurde. Eine Entspannung im Verhältnis der beiden Großmächte konnte jedoch auch zu Lasten der Bundesrepublik gehen, so dass sich Adenauer zur Aufnahme einer eigenen kooperativen Ostpolitik im Verhältnis zur Sowjetunion bemühte (1955 Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Rückführung von Kriegsgefangenen, 1958 deutsch-sowjetisches Wirtschaftsabkommen). Weitere Bemühungen galten freierlichen Bedingungen in der DDR, wobei ihnen sogar der Vorrang vor einer Wiedervereinigung eingeräumt wurde.

Dennoch blieb die Bundesregierung bei ihrer Forderung nach Wiedervereinigung und ihrer Ablehnung des DDR-Regimes. Sie nahm weiterhin für sich selbst in Anspruch, die Deutschen in der „Zone“, denen das Recht demokratischer Selbstbestimmung verwehrt war, zu vertreten (Hallstein-Doktrin).

In der ideologisch bestimmten Konfrontations- und Verdächtigungspolitik warf die DDR der Bundesrepublik eine **aggressive Haltung** in Richtung Osten vor und unterstellte sowohl ihr als auch der NATO grundsätzlich eine auf Aggression ausgerichtete Politik. Gerade die Entspannungsbemühungen nach 1953 (Beendigung des Korea- und des Vietnamkriegs, Souveränität Österreichs) zeigen, dass international das Schwergewicht auf Kooperation und Gleichgewicht lag. Allerdings wurde in der östlichen Propaganda der NATO grundsätzlich der Charakter als Angriffsbündnis gegen die friedliebende sozialistische Gemeinschaft unterstellt, was

wiederum alte russisch/sowjetische Befürchtungen von einer britisch-deutschen, gegen die Sowjetunion gerichteten Koalition widerspiegelt. Im Zeichen von Entspannung und atomarem Gleichgewicht lässt sich eine aggressive Politik bei der NATO nicht nachweisen und ist für die Bundesrepublik angesichts ihrer Abhängigkeit von der weltpolitischen Lage geradezu ausgeschlossen.